

Die Zeichen stehen auf Sturm

Borchener Bürgerinitiative klagt – Gemeinde lehnt Vergleich mit Windkraft-Investor ab

Etteln (bel). Die neue Bürgerinitiative »Gegenwind Borchchen« geht juristisch gegen die jüngst genehmigten Windkraftanlagen bei Etteln vor und klagt. Auch die Gemeinde Borchchen will auf keinen Kuhhandel eingehen und lehnt ein Vergleichsangebot »Rücknahme von fünf Anlagen gegen Klageverzicht bei sieben Rädern« ab.

Bei der ersten Bürgerinformation in Etteln im Saal Rustemeier steckte Volker Tschischke vor 100 Besuchern die Ziele der neuen Bürgerinitiative (WESTFÄLISCHES VOLKSBLATT am Freitag, 13. Januar) klar ab. Gegen die jüngst vom Kreis genehmigten sieben Anlagen bei Etteln will man noch in diesem Monat erste Klagen über direkt Betroffene einreichen. An Spenden liegen bereits mehr als 2000 Euro vor, eine Klage gegen eine Anlage koste etwa 5000 Euro. Wünschenswert sei es, gegen die drei Anlagen zu klagen, die Etteln am nächsten liegen. Die Initiative werde mit Spenden die Klagen Betroffener unterstützen.

»Wenn eine Berufung zwei Jahre dauert, verstehen die Menschen unser Rechtssystem nicht mehr.«

Reiner Allerdissen

Bürgermeister Reiner Allerdissen bezeichnete private Klagen als »guten Flankenschutz« für die Gemeinde, die gegen das Mindener Urteil in Berufung geht und gleichzeitig auch gegen die Genehmigung von sieben Anlagen durch den Kreis klagt. Beim Mindener Urteil will sich die Gemeinde auch auf einen Erlass des Landes stützen, wonach sich Verwaltungen an bestehende Flächennutzungspläne halten sollen, auch wenn sie in laufenden Verfahren zunächst für ungültig erklärt wurden (»Normenverwerfungsverfahren«). Wenn allerdings ein 20 Jahre alter Flächennutzungsplan rückwirkend kippen könne, brauche man eigentlich gar nicht mehr zu planen, kritisierte er.

Mit Schmunzeln berichtete der Bürgermeister von einem Ver-



Widerstand in allen Varianten war das Thema der ersten Bürgerinformation der neuen Initiative in Borchchen, in der auch Bürgermeister

Reiner Allerdissen vor 100 Bürgern den aktuellen Sachstand seitens der Gemeinde vortrug. Foto: Bernhard Liedmann

gleichsangebot der Windkraftbetreiber, die fünf für Etteln zunächst durch den Kreis abgelehnte Windrad-Anträge zurücknehmen wollen, wenn die Gemeinde ihrerseits die Klage gegen die sieben genehmigten Räder zurückziehe. »Entweder liegt hier ein Missbrauch von Betäubungsmitteln vor oder man ist sich doch nicht so sicher«, quittierte Allerdissen das Angebot, dass durch einen Anwalt unterbreitet wurde.

»Was ist, wenn dann später neue Anlagen beantragt werden oder andere Investoren vorgeschickt werden«, war für Allerdissen das Angebot inakzeptabel. Verteilungsgerechtigkeit bei der Windkraftbelastung sei für ihn der Maßstab und »Gerechtigkeit gegen Geld« stelle für ihn auch keine Alternative dar. Vorgestellt wurden in der Ver-

sammlung auch die Möglichkeiten, neue Anlagen zu verhindern. Hier unterstrich Hubertus Nolte von der Naturschutzgemeinschaft im Altkreis Büren, dass es 2016 gelungen sei, mit Naturschutzbelangen immerhin 51 Anlagen im Kreis

»Das ist so, als ob man mit der Sonnenbrille bei Mondlicht Vögel zählt.«

Hubertus Nolte
Naturschutzgemeinschaft Altkreis Büren

vorerst zu verhindern. Damit seien Werte von hochgerechnet 250 Millionen Euro blockiert worden. Die Nicht-Genehmigung von Anlagen aus Gründen des Naturschutzes sei auch ein Signal an die Betreiber. Seitens der Bürgerini-

tiative wurde auch aufgerufen, »Schlagopfer« zu melden und vor allem neue Horste von geschützten Vögeln. Beispielsweise habe der Schwarzstorch Anlagen im Bürener Raum blockiert. Pro Jahr werden etwa 1500 Vögel Opfer der 50 Borchener Anlagen. Naturschutz-Gutachten der Betreiber seien in der Regel unhaltbar. »Das ist so, als ob man mit der Sonnenbrille bei Mondlicht Vögel zählt«, spottete Nolte.

Auch die Auflagen von Windkraftträgern wie Schattenwurf und Abschaltzeiten will die Bürgerinitiative überprüfen und bietet Betroffenen auch Lärmmessungen vor Ort und im Haus an. Heiner Brinkmann vom Regionalbündnis Windvernunft kritisierte in diesem Zusammenhang auch die Behörden. Während in Lippe der Kreis den Lärm durch ein externes

Fachbüro messe, prüfe der Kreis Paderborn durch eigene Mitarbeiter nur die Plausibilität. Bei drohendem Eisschlag komme aus der Verwaltung nur die lapidare Antwort, dass im Winter auch von Lastwagen Eis falle, wettete er.

Welche Belastungen der Kreis Paderborn durch die Windkraft hat, führte Gudrun Ponta aus. Landesweit seien vier Prozent der Fläche durch 4000 Anlagen belegt, im Kreis Paderborn mit 500 Rädern schon zwölf Prozent. In Borchchen drohten weitere Flächen wie zwischen Dörenhagen und Schloß Hamborn in Beschlag genommen zu werden. Während andere Länder wie Dänemark, Österreich und Polen auch auf das Thema Infra-schall mit größeren Abstandsflächen reagierten, werde dies in Nordrhein-Westfalen sträflich vernachlässigt.